

# EGALITE.CH

LA CONFÉRENCE ROMANDE  
DES BUREAUX DE L'ÉGALITÉ

[Fotos online verfügbar](#)

## MEDIENMITTEILUNG

Sitten, 29. August 2024

### **DIE WESTSCHWEIZER KANTONE WOLLEN IHRE RESSOURCEN ZUR FÖRDERUNG DER LOHNGLEICHHEIT BÜNDELN**

**Anlässlich ihres 2. Treffens haben sich die sieben für die Gleichstellung zuständigen Westschweizer Staatsrätinnen und Staatsräte über die Chancen und Herausforderungen bei der Förderung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern ausgetauscht. Es wurden Handlungsmöglichkeiten festgelegt.**

Die sieben Staatsrätinnen und Staatsräte der Romandie, die für die Gleichstellung zuständig sind, haben bei einem Treffen in Sitten eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie ihr Engagement für die Lohngleichheit und die Pflicht der öffentlichen Hand bekräftigen, in diesem Bereich mit gutem Beispiel voranzugehen. Die sieben gewählten Vertreterinnen und Vertreter haben unter Berufung auf das in der Schweizer Verfassung und im Gleichstellungsgesetz (GLG) verankerte Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und angesichts der Tatsache, dass Frauen in der Schweiz im Durchschnitt immer noch 18% weniger verdienen als Männer – mit entsprechenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Autonomie und Sicherheit – beschlossen, die Westschweizer Gleichstellungsbüros oder -stellen mit mehreren prioritären Aufgaben zu diesem Thema zu beauftragen und zwar aus einer übergreifenden Perspektive.

Die erste Aufgabe wird darin bestehen, ein gemeinsames Projekt vorzuschlagen, um zwischen den Westschweizer Kantonen Synergien zu nutzen im Hinblick auf eine mögliche Zusammenlegung von Ressourcen und Kompetenzen im Bereich der Kontrollen der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor im Rahmen ihrer Rollen als Arbeitgeber, Vergabestellen für öffentliche Aufträge und Subventionsorgane. Die zweite Aufgabe beinhaltet die Zusammenarbeit der Gleichstellungsbüros oder -stellen mit den kantonalen Personalabteilungen, in den Kantonen, in denen dies noch nicht der Fall ist, um die über die Personalpolitik der kantonalen Verwaltungen getroffenen Gleichstellungsmassnahmen aufzuwerten und mögliche Verbesserungsansätze zu identifizieren. Die dritte Aufgabe schliesslich besteht darin, zusätzliche Massnahmen vorzuschlagen, die die Lohngleichheit sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor fördern. Die Gleichstellungsbeauftragten können Empfehlungen an die Westschweizer Regierungsrätinnen und Regierungsräte formulieren: dies leitet die konkrete Umsetzung der Westschweizer Gleichstellungscharta ein, die 2023 unterzeichnet wurde und die die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern stärkt.

Heute Morgen stellte jeder Westschweizer Kanton im Château de la Majorie in Sitten die Massnahmen und Projekte vor, die zur Förderung der Lohngleichheit auf dem jeweiligen Gebiet entwickelt wurden. Anschliessend konzentrierte sich der Austausch auf die Verantwortung der Kantone bei der konkreten Umsetzung der Lohngleichheit, sei es durch Kontrollen der Einhaltung, durch Massnahmen zur Sensibilisierung, Information und Bekämpfung von Geschlechterstereotypen oder mit good practices, um als Arbeitgeber die Lohndiskriminierung zu reduzieren.

Auf Initiative von égalite.ch (Westschweizer Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten) und auf Einladung des Kantons Wallis waren alle Westschweizer Kantone vertreten. Neben Mathias Reynard für das Wallis waren Astrid Bärtschi für Bern, Philippe Demierre für Freiburg, Isabelle Moret für den Kanton Waadt, Nathalie Fontanet für Genf, Florence Nater für Neuchâtel und Martial Courtet für den Kanton Jura anwesend. Die Vielzahl der politischen Parteien am Tisch verdeutlicht die breite Unterstützung für die Förderung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern. Im Anschluss an das Treffen verabredeten sich die gewählten Vertreterinnen und Vertreter für das Jahr 2025.

#### **Kontaktpersonen:**

Westschweizer Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten, Katy Solioz-François, Co-Präsidentin 2024,  
027 606 21 20

Wallis, Mathias Reynard, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur,  
027 606 50 90

Bern, Astrid Bärtschi, Regierungsrätin, Vorsteherin der Finanzdirektion, 078 766 69 29

Freiburg, Philippe Demierre, Staatsrat, Vorsteher der Direktion für Gesundheit und Soziales, via GS DGS,  
026 305 29 04

Waadt, Isabelle Moret, Regierungsrätin, Vorsteherin des Departements für Wirtschaft, Innovation, Arbeit und Kulturerbe, 021 316 61 82

Genf, Nathalie Fontanet, Regierungsratspräsidentin, Vorsteherin des Departements für Finanzen, Personal und auswärtige Angelegenheiten, über Tatiana Oddo Clerc, 022 327 98 21

Neuchâtel, Florence Nater, Regierungsratspräsidentin, Vorsteherin des Departements für Arbeit und Soziales, 032 889 48 00

Jura, Martial Courtet, Regierungsrat, Vorsteher des Departements für Bildung, Kultur und Sport,  
032 420 54 03